

## **Antrag zur Beratung im Plenum**

12. März 2010

### **Antrag der Fraktion der SPD**

#### **Überhöhte Kürzung der Solarförderung verhindern – Zukunftsbranche und Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz sichern**

##### Der Landtag stellt fest:

Die Solarenergie leistet einen wichtigen Beitrag zu einer ökologischen Energiewende, einer nachhaltigen Energieversorgung und ist Teil einer langfristig angelegten Klimaschutzpolitik. Die SPD-geführte Bundesregierung in den 90er Jahren hat dies früh erkannt und den Ausbau dieser Technologie konsequent vorangetrieben. Zentrales Förderinstrument ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das eine Einspeise- und Vergütungsgarantie von Strom aus erneuerbaren Energien gesetzlich verankert. Der Anteil der Solarenergie an der gesamten Stromerzeugung in Deutschland liegt heute bei rund einem Prozent. Bei kontinuierlichem Ausbau möchte die Branche im Jahr 2020 bereits rund sieben Prozent zur Stromversorgung beitragen. Der Solarenergie kommt damit eine wichtige Rolle zu, will die Bundesregierung ihr gesetzlich festgeschriebenes Ziel, im Jahr 2020 mindestens 30 Prozent des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, einlösen. Die Solarstrombranche hat sich in demselben Tempo zu einem großen Arbeitsmarkt entwickelt. Heute zählt dieser bereits mehr als 58.000 Beschäftigte und im Jahr 2020 könnten es laut Branchenangaben noch einmal doppelt so viele sein.

Demgegenüber hat sich die Regierungskoalition in Berlin auf eine Kürzung der Solarförderung zusätzlich zu der jährlichen Degression von 9 bis 11 Prozent geeinigt. Das Bundeskabinett hat am 3. März dazu einen entsprechenden Beschluss gefasst. Danach soll die Vergütung für Solarstromanlagen einmalig um weitere 16 Prozent für Dachanlagen, 11 Prozent für Freiflächenanlagen auf Konversionsflächen und 15 Prozent für Anlagen auf sonstigen Flächen gekürzt werden. Die EEG-Vergütung für Solaranlagen auf Ackerflächen soll künftig komplett entfallen. Die Änderungen sollen zum 1. Juli in Kraft treten.

Mit diesem Entschluss werden die bisherigen günstigen Rahmenbedingungen für die nachhaltige, saubere und ökologisch verträgliche Erzeugung von Solarstrom tiefgreifend verändert. Die Pläne der Bundesregierung gefährden Arbeitsplätze bei Unternehmen der Solarbranche, bei kleinen und mittelständischen Unternehmen. Rheinland-Pfalz liegt mit der installierten Leistung pro Einwohner von 87 Watt (2008) in der Spitzengruppe der Bundesländer. Mit einem Zubau von 128 Megawatt Photovoltaik alleine in 2008 wurden zahlreiche Arbeitsplätze bei Projektierung und Installation der Anlagen gesichert oder neu geschaffen. In 2009 wurden in Rheinland-Pfalz bis einschließlich November weitere 110 Megawatt installiert. Ein Rückgang bei der Errichtung von neuen Anlagen gefährdet diese Arbeitsplätze, die vorwiegend in kleineren Betrieben entstanden sind.

So steht nach Aussagen eines Unternehmenssprechers des Mainzer Technologiekonzerns Schott die Zukunft der Tochter Schott Solar auf dem Spiel. Über tausend Arbeitsplätze seien hier bedroht. Viele Städte und Landkreise im Land haben ihre Ausbaupläne auf Eis gelegt. Die Stadt Koblenz und der Landkreis Mayen-Koblenz haben angesichts der Pläne der Bundesregierung ihr Solarprojekt „100-Dächer-Programm“ gestoppt. Dadurch sind viele Akteure direkt negativ betroffen. Die Auswirkungen der drastischen Kürzung der Solarförderung zeigen sich hier unmittelbar im regionalen Arbeitsmarkt: Hersteller, Handwerker und Bauherren sind betroffen.

Neben den Natur- und Umweltschutzverbänden, die in den Einschnitten eine Gefahr für den weiteren Ausbau der Solarenergie in Deutschland sehen, protestiert auch die verunsicherte Branche der erneuerbaren Energien. In Medienberichten prognostiziert der Bundesverband Solarwirtschaft eine Insolvenzwelle in der Zukunftsbranche Photovoltaik und den Verlust tausender Arbeitsplätze.

Die vom Bundeskabinett beschlossene Kürzung der Solarförderung entzieht den Unternehmen darüber hinaus die Basis für weitere Forschung, Entwicklung und Innovation. Der Bundesverband Erneuerbare Energien sieht angesichts der Pläne die deutsche Solarindustrie bedroht. Denn die Firmen haben im Vertrauen auf die gesetzlich festgelegten Degressionen des EEG umfassende Investitionen getätigt. Durch die extrem kurzfristige und gleichzeitig sehr hohe Zusatzdegression lassen sich nun viele Investitionen nicht mehr refinanzieren. Neue Investitionen in Technologieentwicklung sind nicht mehr finanzierbar. Damit droht der deutschen Solarstrombranche bei Realisierung der schwarz-gelben Pläne der Verlust ihrer weltweiten technologischen Vorreiterrolle.

Dabei ist es durchaus unstrittig, dass die Kostendegression in der Solarbranche eine weitere Reduktion der Vergütungssätze zulässt – aber nicht in diesem Ausmaß und nicht in einem einzigen Schritt. Damit wird der Solarstandort Deutschland auf das stärkste gefährdet – und das zu einem Zeitpunkt, in dem sich für die Solarbranche die Unterstützung durch das EEG immer positiver auswirkt.

Völlig widersinnig ist der geplante Ausschluss von Ackerflächen unter Hinweis auf Nutzungskonkurrenzen. Niemand hat beabsichtigt, hochwertiges Ackerland für Freiflächenanlagen zu verwenden. Vorrang haben Dach- und Fassadenflächen sowie Konversions- und Gewerbeflächen. Aber die Verwendung von Brachen oder Ackerflächen an Grenzstandorten für die Errichtung von Freiflächenanlagen ist ein unverzichtbarer solarer Baustein.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- sich gegenüber der Bundesregierung im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Mittel -insbesondere durch entsprechenden Widerstand im Bundesrat- für die Verhinderung der vom Bundeskabinett beschlossenen drastischen Reduzierung der Vergütungssätze der Solarförderung einzusetzen.
- sich für eine Beibehaltung der verträglichen Anpassungen bei der Solarförderung einzusetzen, die eine dynamische Entwicklung in der Solarbranche und den Erhalt der Arbeitsplätze in Handwerk und Industrie sicherstellt.
- die Solarbranche nach Kräften zu unterstützen und Hilfestellungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu geben.
- den Weg der Förderung der erneuerbaren Energien in Rheinland-Pfalz in unveränderter Weise fortzuführen mit dem Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien in Rheinland-Pfalz konsequent weiter auszubauen.
- alle Bemühungen zu unterstützen, die für die Bürgerinnen und Bürger faire und transparente Energiepreise gewährleisten sowie die Versorgungssicherheit zum Ziel haben.

Für die Fraktion der SPD:

Jochen Hartloff